

Voller Tapezierer u. Portefeuille-Journing

Organ des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuille-Verbandes

Inserate kost. die viergesp. Nonp.-Zeile 40 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brückenstraße 10 b^{III}

Fernsprecher: Amt Vorläufig Nr. 2120

Erscheint alle 14 Tage

Ostern 1924.

In's volle Leben greif nur frisch hinein.
Nicht rückwärts sollst du deine Blicke lenken.
Vergangenes birgt der alten Tage Schrein,
Der künft'ge Tag soll neue Früchte schenken;
Und raste nicht, bis du den Erdenlauf vollbracht.
Vor uns der Tag und hinter uns die Nacht!

Des Winters Nacht liegt hinter uns, der junge Tag vor uns! — In wenigen Worten liegt oft ein tiefer Sinn verborgen, wenn wir uns nur bemühen, denselben zu ergünden. Die Eisnacht des langen Winters hatte nicht allein alles Leben und Wesen in der Natur zum fast völligen Erliegen gebracht, auch auf die Menschen hatte sich seine alles erstarrende Kraft ausgewirkt. Auch unser Leben war in Banden geschlagen durch all das Leid dieses langen, schweren Winters. Nun hat des Frühlings holder, belebender Blick den finsternen Gefühlen vertrieben, er hat sich zurückgezogen in die rauhe Bergwelt. Nun regt sich's wieder aller Enden! Das grünt und leimt und sproßt, und keine Menschenmacht kann es hindern. Wie die Allgewalt der Natur die Erde belebt, die Pflanzen aller Arten zum neuen Leben erweckt, so erstreckt sich ihre befruchtende Kraft auch auf die Menschen.

Empor zum Licht muß unsere Lösung sein und bleiben, trotz allen Finstertümen und Haderbreitern. Licht ist Liebe, Verzeihen, Versöhnen, mit einem Wort Erneuerung des Alten. Die Verjüngung und Erneuerung des Alten in der Natur mahnt uns Jahr um Jahr erneut, auch an die Erneuerung unseres eigenen Lebens zu denken.

Wie sich in der Natur ständig ein Werden- und Umwandlungsprozeß vollzieht, so auch in der menschlichen Gemeinschaft. Neue Geschlechter wachsen heran, die emporsicheren aus veralteten gesellschaftlichen Zuständen. Doch die Verwirklichung dieses Strebens findet Widerstände, die sich zeitweilig zu Wällen aufstürmen, die fast unüberwindlich erscheinen.

Befehlsherrschaft und Staatsgewalt arbeiten hand in hand, um das Begehren der unteren Klassen der heutigen Gesellschaft nach Licht und Freude möglichst zu dämpfen. Unterstützt werden sie in diesem Bestreben durch den Unersatzen, der die breiten Volksmassen noch über Gebühr beherrscht, und durch eine schamlose, lügenerische Propaganda, die mit den Bestechungsgeldern der Besitzenden systematisch betrieben wird. Die politische Gleichgültigkeit und Leichtgläubigkeit der Massen kommt der reaktionären Propaganda ebenfalls zu statten, so daß zeitweilig eine große Verwirrung und Zersahrenheit Platz gewinnt. Eine solche Welle überflutet wohl manchen festen Damm, durchbricht ihn wohl auch an manchen schwachen Stellen, aber ihn hinwegräumen und ganz zu beseitigen, das vermag sie nicht.

Eine solche reaktionäre Welle überflutet wohl manche Hoffnung auf Frucht und Ernte, aber entmutigen kann sie uns nicht. Die Reaktion zwingt uns zwar ungeheure Opfer ab; unseren Mut, unsere Hoffungsreueigkeit kann sie niemals brechen. Der große Gedanke der Erlösung aus dieser Erdenhölle, die der Besitzende auf den Besessenen häuft, kann nicht erstickt werden. Mit Naturgewalt wird er sich immer wieder ans Licht drängen, wird wachsen und stärker und stärker werden, bis das System der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen durch ein anderes System ersetzt ist, das die heiligen Menschenrechte wahr.

Immer breitere Massen des Volkes müssen erkennen lernen, daß alle Einrichtungen des heutigen Systems Menschenweh sind und nichts Gottgewolltes darstellen. Die Beseitigung und Verbesserung desselben ist ein Gebot höchster Menschlichkeit. Freilich, vielen muß erst noch gelehrt werden, daß dieses nur erreicht werden kann, wenn sie sich organisieren, wenn sie Disziplin halten und Schulter an Schulter mit uns gemeinsam kämpfen.

Mögen Stürme und Wogen über uns herfallen und uns saufen; wir stehen fest, wir verzagen nicht und halten aus. Vorwärts! Durch! ist und bleibt unsere Lösung!

Auf unsere jetzigen Verhältnisse paßten vortrefflich die herrlichen Worte unseres Dichters Goethe:

Ein Sumpf zieht am Gebirge hin,
Verpestet alles schon Errungene;
Den faulen Pfuhl auch abzuziehn,
Das Letzte wär das Höchsterungene.
Eröffn' ich Räume vielen Millionen,
Nicht sicher zwar, doch tätig frei zu wohnen.

Grün das Gefilde, fruchtbar; Mensch und Herde,
Soglich behaglich auf der neuesten Erde.
Gleich angesiedelt auf des Hügels Kraft,
Den aufgewälzt kühn-emigse Völkerschaft.
Im Innern hier ein paradiesisch Land,
Da raste draußen, Flut, bis auf zum Rand.

Und wie sie naset, gewaltiam einzuschließen,
Gemeindrang eilt, die Büche zu verschließen.
In diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient die Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.

Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr.
Solch ein Gemimmel möcht ich sein,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn,
Zum Augenblicke dürft ich sagen: Berweilt doch,
Du bist so schön! Es kann die Spur von dem
Edelgenen
Nicht in Neonen untergehn.

Kann man schöner und ergreifender den sozialen Gemeinfinn und seine Früchte, die daraus erströmen, preisen?

Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn! Nur der verdient dieses hohe Glück, die Freiheit wie das Leben, der täglich darum ringt, es sich neu erobert! Ein Kämpfer mußt du sein! Das ist der Weisheit letzter Schluß. Hast du Mut und Kraft, dann komm zu uns, schließe dich an!

Die Tarifverhandlungen in der Lederwarenindustrie.

Am 10. und 11. April nahmen die Tarifverhandlungen für das Gebiet des Verbandstarrs in der Lederwarenindustrie (Offenbacher Vertrag) ihren Anfang. Leider standen die Verhandlungen unter einem sehr ungünstigen Stern. Infolge von Betriebsdifferenzen bei der Firma Krumm in Offenbach, welche zur passiven Resistenz geführt hatten, stellten die Arbeitgeber, bzw. die Arbeitgeberorganisationen die Forderung auf Aufhebung dieser Maßnahme. Diese Verhandlungen nahmen den ganzen Vormittag des ersten Tages in Anspruch. Es wurde vereinbart, diese Streitfrage den Tarifinstanzen zu überweisen und den passiven Widerstand sofort aufzuheben. In der Nachmittagssitzung begründete Dr. Glar den Standpunkt der Arbeitgeber. Der Wille, wieder zu tariflich geregelten Arbeitsbedingungen zu kommen, war unverkennbar, im Gegensatz zu den Bestrebungen weiterer Arbeitgeberkreise der anderen Industrien. Das Verlangen der Industrie zur Mehrarbeit wurde zunächst nun unklar geäußert. In der Preisbegleichung und Festengewährung wurden unseren Forderungen auf Ausbesserungen entgegengesetzte Wünsche ausgesprochen. Kollege Blum ging in längeren Ausführungen auf die Gesamtheit des Fragenkomplexes ein und bestritt die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit. Im Zusammenhang mit dieser Materie entwickelte er unter teilweiser Zustimmung einzelner Arbeitgeber ein wirtschaftliches Programm, das geeignet sei, eine Vermehrung der Produktion herbeizuführen. In ebenso ausführlicher Weise erwiderte Herr Dr. Cray, der erkennen ließ, daß der Verband der Lederwarenindustriellen sehr wohl die wirtschaftlichen Interessen der Industrie wahrzunehmen verstehe. Die Betonung der Tariffrage stand im

Vordergrund seiner Ausführungen. Die Debatte war sehr schleppend und stand unter dem Eindruck der Frankfurter Messe, welche viele Herren, namentlich die Offenbacher Arbeitgeber, stark abhielt. Erst am zweiten Tage gelang es in den Nachmittagsverhandlungen die Tarifarbeiten zwei Kommissionen zu überweisen. Die Berichte über diese Arbeiten, welche in den späten Abendstunden entgegengenommen wurden, waren sehr mager in ihren Ergebnissen. Die Verhandlungen wurden vertagt und das Tarifamt soll bei den nächsten Beratungen mitwirken. Auch die württembergische Industrie beteiligte sich an den Beratungen. Wir werden zur gegebenen Zeit darüber mehr berichten.

Der Streik in der Lederwarenindustrie Berlins.

Es gibt kaum einen Bezirk der Lederwarenindustrie, wo die Schwierigkeiten, Lohnverhandlungen ordnungsgemäß führen zu können, so groß sind wie in Berlin. Bereits der Übergang vom Papierlohn zum Goldlohn erbrachte den Beweis, daß die Unternehmer mit aller Macht erzwingen wollten, daß der nominelle Vorkriegslohn nicht erreicht wird. Ganz trah kam dies zum Ausdruck während einer Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar am 31. Dezember 1923, wo Herr Dr. Schid erklärte, daß der Arbeiter infolge des verlorenen Krieges einen Entbehrungsfaktor von 33 1/2 Proz. gegenüber 1914 tragen müsse. Daß durch diese Haltung der Unternehmer die Arbeiter nicht befriedigt werden können, ist ganz natürlich, und so war es nicht verwunderlich, wenn in den einzelnen Betrieben die Kollegen ihre Lage selbst etwas verbessern wollten durch Stellung von Forderungen auf Lohnerhöhungen. Aus dieser Situation entsprang die Februarstreikung mit dem Ergebnis, daß alle Löhne um 10 Proz. aufgebessert wurden.

Da die Teuerung gegenüber der Vorkriegszeit immer noch eine beträchtlich höhere ist und sich eine steigende Tendenz der Preise bemerkbar machte, stellten wir den Antrag auf Lohnerhöhung ab 7. März. Die Antwort war sehr kurz und entsprach der oben gekennzeichneten Haltung der Unternehmer, indem die telefonische Mitteilung kam, daß Verhandlungen keinen Zweck haben, denn bewilligt wird nichts. Auch die Verhandlungen vor dem gesetzlichen Schlichtungsausschuß zeigten dieselbe Einstellung: Ablehnung jedes Schiedspruches in Erwartung der schärfsten Konsequenzen. In einer Versammlung (3 Uhr nachmittags) beschäftigten sich die Kollegen mit der Lage. Es wurde ein Ultimatum an die Unternehmer gestellt. Die Stimmung war jedoch trotz gegenteiliger Einstellung der Leitung für sofortigen Streik, es fehlten nur wenige Stimmen an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Daß diese Versammlung ihren Eindruck auf die Unternehmer durchaus nicht verfehlte, ergibt sich daraus, daß in einer Verhandlung wenige Tage später ein Angebot gemacht wurde, was aber in diesem Stadium der Geschäfte nicht befriedigen konnte. In einer Versammlung am 28. März wurde der Beschluß gefaßt, daß ab 29. März die Arbeit zu ruhen habe. Dieser Beschluß ist durchgeführt worden, mit Ausnahme der Firmen, die bewilligten oder wo besondere Verhältnisse die Weiterarbeit gestatteten.

Die Streitleitung stellte sich auch sofort zur Verfügung als durch Vermittlung des Schlichters Wiffel eine Zusammenkunft ermöglicht wurde. Eine Verhandlung kam aber nicht zustande, da der allein anwesende Dr. Schid erklärte, mehr als das bereits Angebotene könne nicht bewilligt werden. Wir nahmen unsere noch gar nicht geöffneten Mappen daraufhin wieder unter den Arm, da jede Verhandlung unter diesen Umständen überflüssig erschien. Acht Tage später kam eine Verhandlung zustande; das Resultat war, daß für die Zeit vom 21. März bis 24. April der Mindestlohn 60 Pf. und vom 25. April bis 15. Mai 65 Pf. beträgt. In einer Niesenerversammlung am 13. April wurde das Resultat angenommen. Da

die Unternehmer ebenfalls annehmen, wurde die Arbeit am 14. April wieder aufgenommen mit der Maßgabe, daß alle Arbeiter sich wieder zur Verfügung stellen müssen.

Der Streik ist somit zu Ende. Uebersehen wir die Vergangenheit, dann müssen wir sagen: Der Streik war nicht notwendig. Durch das starre Verhalten der Unternehmer ist er verschuldet. Unsere Kollegen haben Gelegenheit gehabt, den Unternehmerstandpunkt genau kennen zu lernen. Sie haben aber auch Gelegenheit gehabt zu zeigen, daß sie gewillt sind, die schärfste Waffe anzuwenden, wenn es sein muß. Alle Kollegen und Kolleginnen sind aber auch belehrt worden, daß derartige Kämpfe jederzeit geführt werden können und müssen, und jeder wird aus der Schlussammlung die Lehre gezogen haben, daß nur einiges Zusammenhalten einen Erfolg bringt und dieser wiederum nur möglich ist durch eine starke, alles erfassende Organisation.

H. Blume.

Zur Wiedereinführung der Unterstützungseinrichtungen im Verband.

Der Gedanke, ohne Unterstützungseinrichtung die größere Mehrzahl der Berufsangehörigen zu organisieren, erweist sich bei näherem Zusehen als undurchführbar.

Ein großer Teil der Mitglieder ist direkt beitragsfrei; nur der Gedanke, mal zu gegebener Zeit etwas dafür wiederzubekommen, läßt die Beitragsfreiheiten zeitweise zurücktreten.

Man muß als Kassierer in jahrzehntelanger Beobachtung dieses feststellen haben, um mit vollem Recht zu sagen, „die Unterstützung gehört zum Verband, ohne diese ist keine stabile Mitgliederbewegung denkbar“.

Erinnern wir uns doch, wie es früher war, wo noch keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde. Bei einer Konjunktur, wenn es zu einer Verbesserung der Lage kam, dann schwoll die Mitgliederbewegung an, um dann nach ein paar Monaten wieder zusammenzusinken.

Seit der Zeit, wo aus den Lohnkämpfen Tarifverträge auf längere Sicht geworden sind, wo der Verband in schlechten Zeiten wie eine Spartasse wirkte, haben unsere Verbände ein festeres Gefüge erhalten.

Das Auf und Ab in der Mitgliederbewegung wird nie verschwinden, aber eindämmen können wir es. Der Lebenslauf vieler Kollegen gleicht einem ungelübten Schwimmer, von Berufskraft zu Berufskraft, von einem Beruf in den anderen. So spiegelte sich das auch in der Organisation.

Die Ansicht der Unterstützungsgegner paßt nur für einen kleinen Teil der Kollegen, vielleiht für den besseren Teil, für den Kreis von Mitkämpfern, die unter allen Umständen zu uns stehen, die einem inneren Trieb folgen. Die meisten Menschen bestehen aber nicht aus solchen Idealmenschen, das sollte doch allen, besonders nach den Erfahrungen der letzten Jahre klargeworden sein. Die meisten fragen: „Was bringt mir die Sache ein?“ Mit der einfachen Ernährung, deine Lebenslage bessert sich mit der Zugehörigkeit zu unserem Verband, können diese Menschen nichts anfangen, diese primitiven Menschen denken sofort, das habe ich ja durch euch umsonst.

Der Endzweck der Unterstützung liegt ja auch zuletzt im Klasseninteresse. Der Kollege, welcher weiß, du hast eine kleine Hilfe, falls du entlassen wirst, wenn du dir nicht alles gefallen läßt, wird dem Arbeitgeber ganz anders gegenüberreten. Unser Beruf mit den vielen Alleinarbeitern im Betrieb erfordert dringend einer gegenseitigen Hilfe. Für solche Fälle verfügt die jetzige Erwerbslosenunterstützung ganz.

Im großen ganzen läuft das Unterstützungswesen auf eine großangelegte Solidarität der Stärkeren gegen die im Lebenskampf schwächeren Naturen hinaus.

Solange wir noch andere schöne Dinge, auch durch die Kraft der Arbeiterbewegung, nicht durchsetzen können, werden wir auch diesen Solidaritätsakt nicht auf den Staat übertragen können. Der Staat macht Betteleupenspolitik, da die einzelnen Klassen, welche Solidarität beweisen könnten, verlangen. Diese Klassen zu zwingen, dazu fehlt uns die Macht, diese müssen wir zu erobern trachten. Dazu brauchen wir die Mithilfe aller Glieder der Erwerbsfähigen.

Unterstützungen einführen, heißt, den Willen zum Beitragzahlen wieder zu stärken. Damit liegt es im argen.

Bei Kollegen mit schlechten Verdiensten, dort, wo ein harter Lohn von 19 Mt. pro Woche übrig bleibt und noch weniger, ist es verständlich, wenn der Betrag von 45 Pf. schwer ausgedrückt wird. Die anderen sozialen Beiträge sind fürchtbar drückend gegenüber dem Friedensstand.

Wenn man aber daneben feststellt, bei Kollegen mit 20-40 Mt. Wochenverdienst fällt es schwer, 50

bis 55 Pf. hereinzubekommen, dann ist das schlimm, sehr schlimm. Alle diese Kollegen müssen in „Solidarität“ Zen'ur 5 bekommen. Diese Kollegen kennen nur ein Gebot richtig, „wie hatte ich den Verband so knapp wie möglich“, ohne zu bedenken, daß sie dem eigenen Haushalt die Einnahmen entziehen.

Der Verband ist diesen Kollegen immer etwas Fremdes, immer der andere; daß man selbst der Verband ist, kommt diesen Kollegen nicht in den Sinn. Und nun die Frage wie und wann.

Hätten wir die Unterstützung nicht aufgehoben, wäre sie von selbst eingeschlafen wie 1920 bei der Krise. Nach und nach wären die Kollegen gesteuert worden. Zum Wiederbezug hätten dann 52 Beiträge gezahlt werden müssen.

Man könnte also am 1. Januar 1925 wieder damit beginnen. Zur Unterstützung selbst dürfte man nicht die letzten zehn oder zwanzig Wochen nehmen, sondern die letzten 52 Wochen. Wenn der Satz mehrere Wochen stehen bleibt, läßt sich das rechnerisch machen.

Vor jedesmaligem neuen Bezug immer die 52 Wochen durchschneiden und dann so wie zuletzt: nach 52 Wochen einmal, nach 156 Wochen 1 1/2, nach 260 Wochen 1 1/2. Glücklich ist die Lösung nicht.

Auf zur Maifeier 1924.

Das Interesse aller farb bewußten Arbeiter war von jeher darauf gerichtet, die Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Aus dem einfachen Grunde, weil ein in überlanger Arbeitszeit abgepannter, ermüdeten Mensch selten noch Lust und Liebe genug aufbringen kann, um an seiner Weiterbildung zu arbeiten.

Seit 1890 hat die deutsche Arbeiterschaft alljährlich am 1. Mai für den Achtstundentag demonstriert, gekämpft und gelitten. 1918 wurde durch die Novemberrevolution der Achtstundentag gesetzlich allgemein eingeführt, sehr zum Aerger aller reaktionär gesinnten Unternehmer. Diese haben denn auch nichts unversucht gelassen, um den Achtstundentag zu distrebitieren. Trotzdem ist es ihnen erst durch die November-Revolution von 1923 gelungen, in einigen Betrieben der Industrie den Achtstundentag zu beseitigen. Im allgemeinen zwar ist der Achtstundentag nach wie vor gesichert, doch hängt die endgültige Sicherung desselben davon ab, ob die Arbeitnehmerschaft entschlossen ist, jeden Angriff energisch zurückzuweisen.

Am 1. Mai ist Gelegenheit gegeben, den Willen, am

Achtstundentag

festzuhalten, durch eine kraftvolle Willensäußerung zum Ausdruck zu bringen.

Am 1. Mai kann auch zugleich der wirkungsvollste Auftakt zur Reichstagswahl, die am 4. Mai stattfindet, zum Ausdruck gebracht werden.

Es ist notwendig, im einzelnen nochmals anzuführen, was für die Arbeiterschaft jetzt alles auf dem Spiele steht? Wer das Tun und Treiben der reaktionären Parteien nur einigermaßen beobachtet, der muß wissen, daß jene nur darauf aus sind, die große Masse des Volkes zu entrechten und ihm alle Kosten aufzubürden.

Wer es ohne ernste Schädigung vermag, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, der muß helfen, den Weltfeiertag zu einer wichtigen Rundgebung auszugestalten.

Auf zur Maifeier — und zur Reichstagswahl!

aber bis zum nächsten Verbandstag könnte dieses bleiben.

Diese Sätze sind die Hälfte vom Friedensah, man kann diese nicht verringern.

Nun zur Höhe des Beitrages.

Die Formel, „ein Stundenlohn ein Beitrag“, tut es allein nicht, es kommt darauf an, welchen Stundenlohn. Des Kollegen jeweiligen oder den Tariflohn.

Soll der Verband von den Leistungszuschlägen nichts bekommen?

Auch die Verteilung zwischen Haupt- und Lokalkasse ist wesentlich. Bekommt die Lokalkasse nur wie früher ein Fünftel, dann muß sie höhere Zuschläge, mindestens bis 25 Proz., haben, um zu den gleichen Einnahmen zu kommen. Der Beitrag muß also über den Tarifstundenlohn kommen, wenn die Hauptkasse Mehreinnahmen haben soll. Am besten wäre es, ab 1. Juli die Lokalkasse wieder auf ein Sechstel bis ein Fünftel zu beschränken, den Ort der Erhebung von 25 Proz. Zuschlag wieder zu gestatten und dann das Mehr, welches der Hauptkasse zufließt, als Fonds anzusammeln.

Dann werden auch die Löhne sich mehr und mehr den Friedenslöhnen anpassen, damit auch die Beiträge.

Zur Klasseneinteilung würde ich nicht raten, es genügt ein Beitrag in den unteren Klassen von 5 Pf. und den oberen von 10 Pf. schwankend. Die Löhne sind zu verschieden in unserem Verband mit den vier bis fünf Berufen und Tarifen.

Wenn bei der Unterstützung immer der Durchschnitt der letzten 52 Beiträge genommen wird, brauchen wir auch die Klassen nicht.

Die Gefahr, daß ein Mitglied die Wochen vor dem Unterstützungsbeginn recht hohe Beiträge zahlt, ist dadurch abgemindert.

Notwendig wäre es auch, recht bald die Verbindungsbeihilfe wieder einzuführen, diese ist eine alte Unterstützungsform, kommt den Wünschen der Kollegen entgegen.

Schon der Gedanke, der Verband führt die Unterstützung wieder ein, wird viele Kollegen veranlassen, sich dem Verband anders gegenüber zu verhalten.

Die Opferwilligkeit fehlt den Kollegen, das hat man auch wieder an den Erntemarken gesehen. Diese sind schwer einzutreiben. Der Hauptvorstand müßte einen Beschluß fassen, jeder Kollege hat vom 1. Februar bis 30. April eine Mark zu zahlen, dann würden wir von allen Kollegen, welche seit März erst arbeiten, noch eine Mark bekommen können, ebenso wäre es möglich, bis dahin die Reste einzutreiben.

Im Februar lagen die Verhältnisse wirklich sehr trostlos, da läßt sich vieles verstehen. In unseren Betrieben, soweit man das von hier aus beurteilen kann, herrscht noch viel Verbandsmüdigkeit, das liegt im Zug der Zeit. Der Verband wird für alles mögliche und unmögliche verantwortlich gemacht. Da muß noch viel Erziehungsarbeit geleistet werden. H. L.

Der Zusammenfluß der Unternehmer.

Wenn wir unsere Berufsgenossen immer und immer wieder mahnen, die Organisation ausbauen zu helfen, so tun wir das aus der Erkenntnis heraus, daß es sonst kein anderes Mittel gibt, den Unterdrückungsbestrebungen des Unternehmertums seitens der Arbeiter wirkungsvoll Widerstand zu leisten. Welchen gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor die vereinigten Unternehmerverbände in Wirklichkeit darstellen, davon haben leider die meisten Menschen gar keine Ahnung. Erst wenn man erkannt hat, über welche gewaltige Macht die Spitzenorganisation der Unternehmer, es ist dies der Zentralausfluß der Unternehmerverbände,

verfügt, erst dann kann man sich vorstellen, welche Mühe und Arbeit es noch kosten wird, den heutigen Wirtschaftskörper im Allgemeininteresse umzugestalten.

Der Zentralausfluß der Unternehmerverbände wurde am 18. Juni 1920 von 14 Unterverbänden gegründet. Als Zweck wird angegeben:

„Die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.“

Die kurze aus 7 Ziffern bestehende Geschäftsordnung enthält auch den Passus, daß Beschlüsse im Zentralausfluß nur einstimmig gefaßt werden können. Welche Bedeutung gerade der letztere Passus für die vom Zentralausfluß der Unternehmer einmal beschlossenen Aktionen besitzt, muß man sich ebenfalls klar machen. Dadurch wird von vornherein die vollkommene Übereinstimmung und Einheitlichkeit jeder vom Zentralausfluß beschlossenen Maßnahme gewahrt. Das bedeutet wiederum erhöhte Stöckkraft, Geschlossenheit und Fähigkeit in allen Unternehmungen, die leider auf Arbeitnehmerseite in den letzten Jahren nicht immer in gleichem Maße zu finden war.

Die Tätigkeit dieses Zentralausflusses hat man zweifellos in der Zeit seines Bestehens verschiedentlich zu fühlen bekommen, obgleich darüber offiziell so gut wie nichts verlautet. Um nur ein ungefähres Bild zu geben, welche Macht dieser Zentralausfluß repräsentiert, mögen folgende Angaben zeigen. Er umfaßt die Landwirtschaft, Handel, Industrie, Handwerk, Banken, Verkehr, Versicherung und sonstige Verbände.

Der Reichsausfluß der deutschen Landwirtschaft vereinigt wiederum 20 Unterverbände. Der Handel zirkelt 344 Untergruppen und 6500 Einzelmitglieder. Die Industrie umfaßt 871 Unterverbände, das Handwerk 61, die Banken 32 Bezirke, 19 Ortsverbände, 1500 Mitglieder zählt der Verband der Bankiers. Die Versicherungverbände umfassen 11 Gruppen und 14 Angestelltenverbände. Der Verkehr hat 9 Unterverbände. Sonstige Verbände gibt es noch 862, darunter Handelskammern, Gewerbeverbände, Innungen.

*) Siehe Reichsarbeitsblatt Nr. 6 vom 16. März 1924 Seite 1924.

Handelsverbände, Industrie und kaufmännische Verbände. Man kann sich leicht einen Begriff davon machen, was es bedeutet, wenn ein Zentralauschuss, hinter welchem solche wirtschaftlichen Mächte stehen, bestimmte Beschlüsse fasst und Anweisung zu ihrer strikten Ausführung erteilt.

In welchen Dingen sich solche Anweisungen auswirken können und wohl schon ausgewirkt haben, braucht nicht besonders angeführt zu werden, das wird sich jeder Leser vorstellen können. Jedenfalls ist aus dem hier kurz angeführten Tatsachenmaterial, das vom Reichstagsstatistischen Amt zusammengestellt wurde, ersichtlich, über welche kompatible organisatorische Macht die Unternehmer verfügen. Mögen unsere Berufsgenossen daraus die Erkenntnis ziehen, daß es an der Zeit ist, allen Haß und Streit, alles Trennende, was unsere Kräfte schwächt, beiseite zu stellen und aus unseren Reihen zu verbannen. Lernen wir von den Unternehmern, daß es gilt, die innere Geschlossenheit herzustellen, dann erst ist die Organisation vollwertig.

Die Tagung der Industrieherrn in Berlin.

Am 27. März tagten die Arbeitgeber in der Krolloper in Berlin. Es waren alle höchsten Regierungstellen vertreten.

Bemerkenswert ist vor allem ein Ausspruch des Reichstanzlers Marx, der an die Industriellen die Frage richtete: „Glaubt etwas auch nur einer von Ihnen, daß man draussen für uns in die Schranken treten würde, wenn durch Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages wir unsere Verpflichtung nicht zu erfüllen vermöchten?“

Von den Industriellen glauben das ganz sicher nur ein paar Augenfeiler, im allgemeinen sind sie samt und sonders der Meinung: Fort mit dem Achtstundentag! Wie der Herr Reichstanzler darüber denkt, wissen wir nun.

Bemerkenswert sind dann unter anderem die Ausführungen des Generaldirektors Böglers. Dieser läßt die sozialistischen Bestrebungen, die Wirtschaft in ihrem Sinne umzustellen, den unachgiebigsten Kampf an. Die alten Grundzüge bewährter Wirtschaftsführung sind das Ideal der Industrie. Darunter ist natürlich nichts anderes zu verstehen, als der Herr-im-Hause-Standpunkt wird behauptet.

Schneidat von Borj sprach über den Standpunkt der Industrie zur Sozialpolitik. Er warf den Gewerkschaften demagogische Kampfesweise vor, deren Einstellung und Kampfesweise gegenüber den Unternehmern trotz fünfjähriger Zusammenarbeit mit den Führern sich nicht geändert habe.

Die Notwendigkeit der Sozialpolitik werde von der Arbeiterschaft unbedingt anerkannt, sie müsse aber auf der Grundlage der Selbstverwaltung, der Freiwilligkeit beruhen. Staatliche Maßnahmen, staatliche Behörden und Institutionen sind nur im Falle des Versagens der Selbsthilfe und nur soweit der Selbstzweck es verlangt, vorzuziehen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft sei auf den gefunden Gedanken der Selbstverantwortung der beteiligten Organisationen und der Selbstverwaltung aufgebaut gewesen.

Das bedeutet nichts weiter, als fort mit der Arbeitslosenversicherung mit Hilfe des Staates und unter seiner Kontrolle. Die übrigen Versicherungsrichtungen, Invalidität, Kranken- und Unfallversicherungen, bleiben unberührt. Koalitionsfreiheit erkennen die Herren an, nicht aber Koalitionszwang und Ausschluß einiger Organisationen von den Rechten der Koalition. Beispielsweise der Gelben usw. Teile und herrsche ist das Prinzip der Herren.

Bei Streiks wird zivilrechtliche Haftung der Gewerkschaften für entstehende Schäden gefordert, ein besonderes Recht zum Streiken wird nicht anerkannt.

Kurz und gut, die Industriellen verlangen von der Regierung, sie müsse die Arbeiterschaft vom sozialistischen Bahn freimachen, die privatkapitalistische Wirtschaft ist das allein Richtige für das deutsche Volk. Der einzige Idealzustand.

Vom Standpunkt dieser Erdengötter ist das begrifflich, weil sie ihrer ganzen Spitze dabei ein herrliches Schlaraffenleben ermöglichen können. Man braucht nur die Berichte zu lesen, wie sie es zurzeit in den südländlichen Kurorten treiben. Was kümmert es solche großen Geister, wenn Millionen Arbeiter unter Entbehrungen aller Art den Rammen für sie erarbeiten, den sie bei Hirt und Sport aller Art verbrauchen.

Deutsche Kollegen! Bern! erkennen, um was es geht. Die Mächtigen dieser Erde gehen einig im Kampfe gegen Arbeiterrechte, sie bilden eine einzige geschlossene Front!

Zweifelslos müssen wir aus dieser Tagung auch erkennen, daß die Unternehmer ihre Spitze vor allem

gegen den Sozialismus und die Gewerkschaften richten. Den verschiedenen sonstigen Organisationsgebilden legen sie anscheinend gar keine Bedeutung bei. Warum, ist sonnenklar, die Zerplitterung kann ihnen ja nur nützlich sein.

Wenn es also Ernst ist, für eine auskömmliche Lebenshaltung, für eine bessere Zukunft der Arbeiter mitzutreten, der stelle sich mit uns in Reich und Glied, der werbe neue Mitstreiter und erfülle sie mit Kampfesmut und Vertrauen zu unserer guten Sache!

Habt acht auf die Arbeitszeit!

In Nr. 7 des Sattler- und Tapezierermeisters, dem Organ des Deutschen Sattlerbundes, wird verfaßt, den Artikel in unserer Nr. 5 unter der Überschrift „Die Arbeitszeit im Tapezierergewerbe“ dahin auszumünzen, daß der Eindruck zu erwecken ver sucht wird, als hätte der Artikelschreiber sich für die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung erklärt. Das Gegenteil ist natürlich der Fall: wir halten fest am Achtstundentag! Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf Grund des Artikels im „Sattler- und Tapezierermeister“ verfaßt wird, unseren Kollegen in einzelnen Werkstätten vorzureden, unser Verband sei mit einer Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden. In dem erwähnten Artikel des Unternehmerrates werden Sätze aus unserem Artikel willkürlich aus dem Zusammenhang gerissen und ein Sinn unterlegt, der den Zweck irreführen klar erkennen läßt. Der Ununterrichtete kann den wahren Sachverhalt natürlich nicht erkennen, deshalb habt acht! Habt euch nicht irren machen! Haltet fest am Achtstundentag!

Das Lohnproblem.

Wenn die Volksmassen nicht kaufkräftig sind, krankt die gesamte Volkswirtschaft; das ist eine alte Lebenswahrheit! Sie ist in unserer Zeit der hochentwickelten Produktionsmöglichkeit unter Anwendung der raffiniertesten wissenschaftlichen und technischen Methoden um so mehr wahr, weil nur der Massenverbrauch diese moderne Produktion lohnend machen kann.

Die Frage der Gegenwart muß daher lauten: Warum steht man nicht alle Hebel an, um die Volksmassen so rasch wie irgend möglich wieder kaufkräftig zu machen? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht so ganz leicht, wie sie gestellt ist. Wir haben eben keine Wirtschaft, die planmäßig betrieben wird, in der Produktion und Konsumtion in Uebereinstimmung gebracht sind. Unsere Wirtschaft gleicht vielmehr einem wilden Chaos, wo jeder Unternehmer auf Geheiß und Verbot nach Gefallen darauf los produziert.

In der Industrie wird zurzeit über großen Mangel an Betriebskapital geklagt. Das scheint daher zu kommen, daß man während der Inflationsperiode sofort alle verfügbaren Gelder in Sachwerten angelegt hat. Daher kommt es, daß die Industrie wohl einen großen Bestand an fester Substanz besitzt, aber zu wenig Produktions- oder flüssiges Kapital. Man hat Fabrikgebäude neu errichtet, viele neue Maschinen und Rohstoffe angeschafft, die seit geraumer Zeit still liegen. Diese Inflationsubstanz belastet die Wirtschaft, denn das alles ist eben totes Kapital, wenn es nicht im Produktionsprozeß verwendet werden kann.

Mit dem Moment der Einführung der Rentenmark begann die Panik, die sich zuerst in Arbeiterentlassungen großen Umfangs Luft machte. Es folgte die Lohnrückerei und der Kampf gegen den Achtstundentag im verschärften Ausmaße. Das Unternehmertum hatte es schon in der Inflationszeit prächtig verstanden, seine Steuern in entwertetem Geld zu bezahlen, soweit es sich nicht ganz vom Steuerdoubten befreite und die Riesengewinne in Sachwerten anlegte oder im Ausland unterbrachte. Jetzt will es wiederum alle Lasten auf die Volksmassen abwälzen, indem es die Löhne auf ein Niveau herabgedrückt hat, das weit unter der Friedensbasis liegt. Die Abgaben und Steuerlasten dagegen sind so ungeheuerlich gestiegen, daß unsere gesamte Wirtschaft tatsächlich schwer gefährdet erscheint, wenn nicht baldigst eine gründliche Umstellung erfolgt.

Diese Umstellung kann nur in der Linie liegen, daß man bestrebt ist, die Kaufkraft der Massen zu heben und zu beleben. Es muß also eine Lohnpolitik getrieben werden, die der deutschen Wirtschaft auf die Beine hilft.

Der Kampf um den Achtstundentag, um auskömmliche Löhne, ist somit das brennendste Problem der Gegenwart. Denn nicht Vergrößerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne können unsere Wirtschaft gesund machen, sondern Hebung der Kaufkraft der Massen, denn das bedeutet auch zugleich Hebung der Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit. Was nützt es der Wirtschaft, wenn Hunderttausende von Händen gezwungen feiern müssen und darben zugleich? — Dann strotzt die Wirtschaft!

Die Lohnkämpfe, die wir führen, sind somit im wahrsten Sinne Kämpfe zum Wiederaufbau der

deutschen Wirtschaft, zu ihrer Befundung. Diese Kämpfe müssen zugleich die Wirkung haben, alle diejenigen, die in der letzten Zeit den Gewerkschaften den Rücken kehrt, zu überzeugen, daß sie nichts Besseres tun können, als sich sobald als möglich wieder in Reich und Glied zu stellen und Schulter an Schulter mit uns den Kampf zu führen.

Es gibt kein anderes Mittel, die Wirtschaft neu zu beleben, als die Stärkung der Kaufkraft durch Lohnerhöhungen. Das aber ist wiederum nur erreichbar durch starke Organisation, durch die Gewerkschaft, durch den Verband! Deshalb: Werbt Mitglieder, der Verband über alles!

Bericht von der Vorstandesitzung des ADGB.

Am 18. und 19. März tagte der Bundesausschuss in Berlin und nahm Stellung zu den brennenden Fragen der Gegenwart. Er gelangte zu folgenden Beschlüssen:

Der Bundesausschuss billigt das Eintreten der Gewerkschaften in den Reichstagswahlkampf und empfiehlt dem Bundesvorstand, einen gemeinsamen Wahlaufruf mit dem ADGB-Bund zu erlassen.

Der Bundesausschuss beschließt die Einleitung einer Aktion zur Herbeiführung des Volksbegehrens zugunsten des gesetzlichen Achtstundentages und wählt hierzu eine vorbereitende Kommission von fünf Mitgliedern, die alle einschlägigen Fragen, einschließlich der Kosten, zu prüfen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten und der nächsten Ausschusssitzung zu unterbreiten hat.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die deutsche Arbeiterschaft zu einer würdigen Feier des 1. Mai aufzurufen. Die Arbeitsruhe möge überall eintreten, wo dies ohne ernste Nachteile möglich sei.

Zur nachdrücklichen Bekämpfung der kommunistischen Gewerkschaftszerkürung erklären sich der Bundesausschuss bereit, die Januarbeschlüsse des Bundesvorstandes ernstlich durchzuführen. Der Bundesvorstand wird beauftragt, gegen Ortsausschüsse vorzugehen, die sich an diesem kommunistischen Treiben beteiligen.

Ueber die neue Reichsmohnungsgesellschaft, die mit Mitteln des Reichs, der Länder, Gemeinden und Gewerkschaften den Wohnungsbau fördern will, berichtete Schäferschmidt und eruchte um Unterstützung dieses Wirkens durch die Gewerkschaften.

Espliet berichtete, daß die Christlichen Gewerkschaften nicht von der Zentralarbeitsgemeinschaft zurücktreten, die Arbeitgebeite werde mit diesen allein das Abkommen laum aufrechtzuerhalten.

Zur Erwerbslosenfürsorge wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die zurzeit für die Erwerbslosen geltenden Unterstützungslage erfordern eine sofortige wesentliche Erhöhung. Die Unterlihung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgeblieben und deckt nicht mehr die allererstennotigen Ausgaben. Schon allein die Erhöhung der Wohnungsmiete hat für die Erwerbslosen völlig unerträglich Zustände geschaffen. Tritt die unmittelbar bevorstehende weitere Erhöhung der Miete ein, so wird der Erwerbslose kaum mehr als den Betrag dieser Miete an Unterstützung erhalten, so daß ihm zum Leben nichts verbleibt. Helfen kann nur eine sofortige ganz wesentliche Erhöhung der Unterstützungslage.“

Der Bundesausschuss protestiert entschieden gegen die neuerdings besonders durch die preußische Regierung betriebene, im höchsten Grade ungerechte Ausschaltung zahlreicher Erwerbsloser von der Unterstützung. Trotdem die Arbeiter hohe Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge tragen müssen, werden ganze Gruppen von Erwerbslosen von der Unterstützung ausgeschlossen. Es muß daher schnellstens die Beitragspflicht durch ein Unterlihangsrecht erpängt werden.

Reich und Länder werden aufgefordert, sofort Notstandsarbeiten in größerem Ausmaß in Angriff zu nehmen. Bei diesen Arbeiten muß für die beschäftigten Erwerbslosen eine Entlohnungsform angewandt werden, die einen vereinünftigen Arbeitseffekt sichert. Insbesondere kann die Beschäftigung nur zu den allgemein geltenden Tariflöhnen erfolgen.

Der Bundesausschuss protestiert weiter gegen die von einigen Wänderrierungen beabsichtigte Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, Vernichtung der Selbstverwaltung und Unterstellung der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter einseitige ministerielle und behördliche Instanzen. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge gehören ihrem Wesen nach zusammen, eine Trennung wäre gefährlich für die Wirtschaft und für die durch beide Institutionen zu lösenden Aufgaben. Selbes, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, muß gemeinsam von starken Selbstverwaltungsgörnern durchgeführt werden.“

Lohnbewegungen und Streiks.

Lederwarenindustrie. Berlin. Der Kampf ist beendet. Die Arbeit wurde am 14. April aufgenommen. Lohn ab 24. April 65 Pf.

In Schellen geht der Kampf weiter.

Die Optische Fabrik Goerz-Berlin hat ausgesperrt 35 Kollegen sind betroffen.

Fahrzeugindustrie. Ausperrung in Barel (Oldenburg), 40 Kollegen sind beteiligt.

Tapezierer. Der Zustand in Ebersfeld-Barmen, Kemscheid, Wermelskirchen geht weiter. Ab 11. April stehen die Kollegen in Königsberg i. P. im Streik.

Der Zustand in Mannheim ist beigelegt.

Der Ledermöbelarbeiter-Ausstand in Hannover ist erfolgreich beendet. Tarif in Hamburg, Köln und Nürnberg mit Erfolg abgeschlossen, Differenzen beigelegt.

Die Ausperrung auf den Werften in Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven, an der unsere Kollegen beteiligt sind, geht weiter. Der Streik der Zelte- und Planesattler ist nach vierwöchigem Kampfe erfolgreich beendet.

Verbandsnachrichten.

In den Wochen vom 1. bis 30. April ist der 14., 15., 16., 17. und 18. Beitrag fällig.

Leider ergibt sich aus den bisher eingegangenen Abrechnungen, daß die ausgeschriebenen Extrabeiträge nicht von allen in Arbeit befindlichen Mitgliedern bezahlt worden sind. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Extrabeiträge genau so Pflichtbeiträge sind wie die laufenden Wochenbeiträge. Wer diese Extrabeiträge nicht bezahlt, hat die Konsequenzen zu tragen, er kann ausgeschlossen werden. Um den Säumnigen noch Gelegenheit zu geben, ihren Pflichten nachzukommen, können die Ortsverwaltungen die nichtverkauften Marken noch am Ort behalten, resp. von der Hauptverwaltung solche anfordern. Ueber die verkauften Marken ist unbedingt abzurechnen.

Die Erwerbslosenunterstützung, sowie Verdigungsbeihilfe wird vorläufig noch nicht zur Auszahlung gebracht. Vorstand und Ausschuß beschäftigen sich jedoch mit Neuregulierung der Beiträge und Wiedereinführung der sozialen Unterstützungen.

Berlin. Achtung! Am 1. Mai ist für alle Branchen allgemeine Arbeitsruhe. Da gemeinsame Demonstrationen nicht stattfinden dürfen, ist für unsere Kolleginnen und Kollegen Ehrenpflicht, in der von unserem Verband festgesetzten Versammlung am 1. Mai, morgens 10 Uhr, bei

Boeker, Weberstr. 17,

zu erscheinen. Kontrolle durch Stempel im Mitgliedsbuch.

Betriebsrätewahlen! Wo Betriebsräte resp. Obmänner noch nicht gewählt sind, ist dieses umgehend nachzuholen. Nach beendeter Wahl, Meldung im Bureau. Empfang der Legitimation. Meldungspflicht auch für die wiedergewählten Betriebsräte resp. Obmänner.

Adressenveränderungen.

Bamberg. Kass.: Johann Hahn, Behngasse 18 11.
 Braunschweig. Borf.: P. Bobrowitz, Friedrichstr. 25.
 Duisburg. Kass.: H. Weiße, Diefelsbachstr. 4.
 Elmshorn. Kass.: K. Stolzenberg, Elmshorn-Bangeloh, Steinbamm 73 1.
 Frankfurt a. d. O. Bevollm.: Alfred Glöckner, Angerstr. 8.
 Leguhl. Borf.: Willy Garbe, Margaretenstr. 1 1, bei Frädel.
 Söllingen. Borf.: W. Schlander, Schlagbaumerstr. 45.

Tüchtiger Sattler

auf Kassetten, Suitcases und Maulbügel

per sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.

Jordan & Binder H. G., Stuttgart, Böbinger Str. 92.

Suche zum sofortigen Eintritt

mehrere tüchtige, erstklassige Portefeuller,

die auf Damentaschen gut eingearbeitet sind. Nur erste, kurz entschlossene Kräfte wollen sich melden.

F. Wilhelm Steinkühler, Lederwarenfabrik, Aachen.

Treibriemensattler

jüngere, tüchtige, auf lohnende Arbeit stellen ein

Fr. Müller, G. m. b. H.,
 Leder- und Treibriemensfabrik,
 Brackwede i. W.

Perfekte Fußball-Sattler

gesucht
 Gebrüder Klinge,
 Dresden-Cöllau.

Suche zum sofortigen Eintritt

10-15 jüngere Portefeuller,

die auf Damentaschen und weiche Arbeit eingearbeitet sind.

F. Wlth. Steinkühler, Lederwarenfabrik Aachen, Luisenstraße.

Für meine Spezialabteilungen
 Rindlederkoffer, Gamaschen
 u. Aktentaschen suche ich mehrere
tüchtige Sattler

Es werden nur eingearbeitete Kräfte berücksichtigt.

Richard Springsguth,
 Lederwarenfabrik, Muhlshen. Ca.

Ehrenerklärung!

Hierdurch nehme die gegen Herrn Paul Gröffer ausgesprochene Beleidigung zurück und erkläre ihn meinerseits für einen Ehrenmann.

Mag Jizowski

Petersburger Straße 67.

Einen durchaus perfekten

Kammedel- und Sattelmacher,

sowie einen

Sattler- und Tapezierergehilfen,

der mit allen im Fach vorkommenden

Arbeiten vertraut ist, sucht

Hans Niebur, Sattlerei,
 Flensburg, Safermarkt 22.

Tüchtige

Portefeuller

stellen sofort ein

König & Co
 Koffer- u. Lederwarenfabr., Coburg.

Portefeuller tüchtige Kraft

nicht unter 30 Jahre alt, auf feine
 Befuchs-, Brief- und Zigaretten-
 taschen, Stelle dauernd, sucht
 Feih Agad
 Magdeburg, Lorenzweg 3.

Tüchtige

Ledermöbelarbeiter

werden noch eingestellt. Lohn
 über Tarif.

Zuschriften an Fuchs & Comp.,
 Essen a. d. Ruhr, Hagcn 39.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt
tüchtige Sattler

für Wagen- u. Karrosseriebau gegen
 guten Lohn u. Vergütung d. Reisefkosten.

Schriftliche Bewerbungen erbitten

J. W. Altermühle, G. m. b. H.
 Hildesheim.

Rundschnursattler

oder

Borarbeiter,

welcher eine tadellose Rundschnur
 selbständig herstellen kann, für dauernde

Stellung gesucht.

Leder- u. Riemenwerke Gebr. Keerlin,
 Alt.-Gef., Frankfurt a. M.-Bonames.

Mehrere Portefeuller

auf weiche Sachen, sowie
Stepperinnen und Sattler
 auf Suitcases stellt ein
 Reinhard, Berlin, Zimmerstr. 88.

Wir stellen ein:

Sattler

auf Suitcases und Kassetten,
Portefeuller auf Einrichtungen.
 Notwendig werdende Einreise-
 Erlaubnisse werden von uns beschaft.
 C. K. Kirchner-Werke, Lederwarenfabr.
 Düsseldorf, Kopernikusstraße 26.

Tüchtige Riemensattler gesucht.

Direner Treibriemensfabrik Richarz & Kirstein,
 Düren (Rheinland), Eisenbahnstraße 15.

Tüchtiger Portefeuller,

der Lust hat, sich fachschriftstellerisch zu betätigen, findet
lohnenden Nebenerwerb.

Interessenten wollen sich melden unter N. N. 3. an die
 Expedition dieser Zeitung.

Wir suchen möglichst zum sofortigen Antritt

mehrere gelernte ledige Riemer

in angenehme Stellung und gute Bezahlung. Reisegeld wird vergütet.

Gebrüder Barnert, Treibriemensfabrik, Crimmitschau, Sa.

Autosattler gesucht,

welcher alle vorkommenden Arbeiten selbständig ausführen kann.
 Schriftl. Angeb. erbeten an Ernst Zahn, Kiel, Fleethörn 30 u. 3. 3595.

Borarbeiter

(gelernter Kofferbauer)

für Kupce- und Kupeebügelkoffer von erster Spezialfabrik zum
 sofortigen Eintritt gesucht. Für Verheiratete evtl. Wohnung vorhanden.
 Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter Angabe der An-
 sprüche unter J. F. 5479 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19, erbeten.